

27.Juli 2014

„Unrechtmäßiger Umgang mit Steuergeldern“

373.000 € vom Bürgermeister ungenehmigt ausgegeben

Bruchköbel.- Die Fraktionen von SPD und BBB in der Stadtverordnetenversammlung werfen Bürgermeister Maibach (CDU) einen vorsätzlichen und schwerwiegenden Bruch des Haushaltsrechts mit einem Gesamtschaden von fast 373.000 € zu Lasten der Stadt vor. Dieser hatte in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung versucht, Ausgaben der Jahre 2011 - 2013, für die keine Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt waren, die aber dennoch vorgenommen wurden, als sogenannte überplanmäßige Ausgaben genehmigen zu lassen. Da bei sogenannten überplanmäßigen Ausgaben die Haushaltshoheit der Stadtverordnetenversammlung umgangen wird, sind diese nur unter engen Voraussetzungen rechtlich zulässig, nämlich dann, wenn sie weder vorhersehbar noch unabweisbar waren. Diese Voraussetzungen waren ganz offensichtlich in keinem der vier Fälle erfüllt. Im ersten Fall steht in der vom Bürgermeister mit unterzeichneten Begründung bereits, dass der Fehlbetrag absehbar war. In einem anderen Fall wurde von der Kommunalaufsicht die Einzelkreditgenehmigung zur Finanzierung verweigert und vom Bürgermeister dann einfach das Geld ausgegeben, obwohl dann natürlich klar war, dass es eigentlich gar nicht zur Verfügung stehen konnte. In einem weiteren Fall wurde vom Magistrat eine Ausgabe von 220.000 € beschlossen, obwohl für die ohne weiteres aufschiebbare Baumaßnahme überhaupt keine Haushaltsmittel eingeplant waren.

Das ganze sei so haarsträubend, dass in der Stadtverordnetenversammlung, als der erste Punkt zur Abstimmung kam, noch nicht einmal die ganze CDU Fraktion dafür stimmte. Mit der erdrückenden Mehrheit der Stimmen von SPD, BBB, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wurde die Vorlage abgelehnt. Die weiteren drei Punkte wurden daraufhin von Maibach zurückgezogen. Dieser verschlimmere die Situation und auch seine eigene Lage darin jetzt noch weiter, wenn er dann im Nachgang behauptete, es handele sich nur um Umbuchungen, betonen die Fraktionsvorsitzenden von SPD und BBB, Patrick Baier und Alexander Rabold. Die Finanz- und Haushaltspraxis des Bürgermeisters in Bruchköbel nach Gutsherrenart und gegen Recht und Gesetz könne so nicht mehr hingenommen werden. Aus den vier aktuellen Vorlagen des Bürgermeisters gehe eindeutig hervor, dass bei der Haushaltsaufstellung gegen die Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit verstoßen werde, Nachtragshaushalte nicht vorgelegt worden waren, obwohl dies nach dem Gesetz in den Haushaltsjahren 2011, 2012 und 2013 hätte geschehen müssen, und dann ungenehmigte und auch nicht genehmigungsfähige Ausgaben getätigt wurden, die bereits den Tatbestand der Haushaltsuntreue erfüllen könnten. Da die Vorgänge noch dazu teils bis ins Jahr 2011 zurückreichten, sei zu befürchten, dass es noch weitere derartige Fälle gebe.

Zunächst sei daher jetzt die Kommunalaufsicht aufgefordert, kurzfristig dafür Sorge zu tragen, dass in die Haushaltspraxis der Stadt Bruchköbel wieder Recht und Gesetz einzögen, die Amtsführung des Bürgermeisters als Finanzdezernent von Grund auf überprüft und für die Zukunft eine ordnungsgemäße Finanzverwaltung sichergestellt werde. Dies sei auch dringende Voraussetzung dafür, dass die Stadtverordnetenversammlung überhaupt sinnvolle Haushaltsberatungen durchführen und einen wenigstens einigermaßen zutreffenden Eindruck von der Finanzlage der Stadt bekommen könne. Nach dem derzeitigen Finanzgebaren des Bürgermeisters sei eine sachlich ordentliche Finanz- und Haushaltspolitik von vornherein unmöglich. Nicht zuletzt hätten auch die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf, dass mit ihren Steuergeldern gesetzmäßig und durchdacht umgegangen werde.

Gez.

Patrick Baier
SPD-Fraktionsvorsitzender

Alexander Rabold
BBB-Fraktionsvorsitzender